

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbildern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verlagspreis monatlich drei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expeditions: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schiffverteilung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. 211 Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeit gezeichnete Doppelseite oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamenseite anschließend an dem dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 23. November 1927

Nummer 272

## Proteststreik Dresdner Eisenbahner

Erklärung Litwinows über das sowjetrussische Abrüstungsprogramm / Entscheidende Niederlage des Tschertwonekzfälschers Deterding / Die Verschacherung der Volksschule beschlossen

### Gegen Dorpmüllers Hundelöhne

Dresden, 23. November.

Gestern vormittag gegen 11 Uhr kam es in den Eisenbahnausbesserungswerkstätten Dresden-Friedrichstadt zu einer spontanen Arbeitsniederlegung der Werkstättenarbeiter. Die ca. 1300 Mann starke Belegschaft verließ die Werkstätten und demonstrierte gegen die Hungerlöhne und das unerhörte Antreiberregime bei der Reichsbahn. Im Auftrag der Demonstranten forderte der Betriebsrat den Werkdirektor auf, vor den Demonstranten zu sprechen. Er lehnte es ab, den freilebenden Arbeitern irgendwelche Zusagen auf Verbesserung ihrer erbärmlichen Löhne und Abänderung des Antreiberregimes zu machen, forderte vielmehr die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Diese Provokation löste bei der Belegschaft ungeheure Entrüstung aus. Aus der Masse erschollen die Rufe: „Wir haben Hunger!“ — „Hätten wir Ihr Gehalt, bräuchten wir nicht zu hungern!“ — „Soll ihn herunter!“ Die Demonstration wählte dann eine Kommission, die bei der Reichsbahndirektion vorstellig werden und die Forderungen der Arbeiter vertreten soll.

Die Geduld der Eisenbahner, die der größten Belastungsprobe ausgesetzt wurde, hat in den Friedrichstädter Werkstätten ein Ende gefunden. Die spontane Arbeitsniederlegung ist nur ein Ausdruck der starken Erbitterung über die geradezu eintägige Bezahlung und die mit allem Raffinesse ausgelegte Antreibererei durch die Direktion. Zur Stunde ist noch nichts darüber bekannt, ob die von den Werkstättenarbeitern gewählte Kommission mit der Direktion zu irgendeinem Verhandlungsergebnis gekommen ist. Wie uns aus Eisenbahnerkreisen heute morgen mitgeteilt wird, hat die Direktion es vorgezogen, „nicht dazulein“. Was interessieren sich auch diese Herrschaften für das Elend und den Hunger der Eisenbahner, wenn nur die Pfunde der Damesbahn ihnen ein angenehmes Leben garantieren. Im ganzen Reich fordern die Eisenbahner stürmisch eine Verbesserung ihrer Hungerbezüge. Herr Dorpmüller und die Reichsbahn-WG. speisen die Eisenbahner mit leeren Redensarten ab. Die Hauptverwaltung denkt nicht im entferntesten daran, vor Ablauf des Schiedspruchs, d. i. Ende März 1928, auch nur einen Pfennig an Lohn und Gehalt aufzubessern. In Übereinstimmung mit den Reformisten des Eisenbahnerverbandes wollen die Direktoren der Reichsbahn-WG. die „Tarifstreue“ wahren. Ob die Eisenbahner dabei zugrunde gehen, kümmert sie nicht. Praktisch aber begehrt die Hauptverwaltung täglich und stündlich Tarifbruch. Die Arbeitsmethoden in den Werkstätten und auf den einzelnen Dienststellen zeigen eine systematische und fortwährende Verschlechterung der Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, besonders in den Dresdner Werkstätten, wo Afforderschlechterungen beim Gebirge auf der Tagesordnung stehen. Die Reichsbahnverwaltung hat bekanntlich vor kurzem erklärt, daß sie bereit ist, nur an einzelnen Stellen die Ortslohnzulagen zu erhöhen. Die Verhandlungen darüber werden abschließend in die Länge geschleppt. Weihnachten kommt heran, und noch immer erhalten die Eisenbahner nichts. Zwar stehen die Schiffe

und Genossen, die Reformisten des Eisenbahnerverbandes, erklären: Der Vorstand wird alles ausrichten, um vor Ablauf des Schiedspruchs eine allgemeine Verbesserung, spätestens gegen Ende 1927 herbeizuführen.“ Doch tut man nichts, um den Verschleppungsmethoden der Reichsbahnverwaltung entgegenzuarbeiten und die von den Eisenbahner geordnete Lohnaufbesserung durchzudrücken. Die Passivität, die zwiespältige Haltung des Hauptvorstandes haben die Reichsbahn-WG. ermutigt. Der Hauptvorstand des EDE will jedem Streik der Eisenbahner aus dem Wege gehen. Noch vor kurzem ließ er in einem Rundschreiben erklären: „Der Vorstand ist sich darüber klar, daß selbst bei Streiks, die ohne sein Zutun im Lande ausbrechen, nicht nur keine Unterstützung gezahlt werden könnte, sondern er müßte die Mitglieder vielmehr auffordern, wieder in die Betriebe zurückzukehren.“ Das zeigt ganz klar, daß jeder ernsthafte Lohnkampf der Eisenbahner von den Reformisten unterbunden werden soll. Und so braucht es nicht zu verwundern, wenn der stellvertretende Generaldirektor Dr. Weichardt in der letzten Sitzung der Tarifparteien den Eisenbahner folgende Provokation entgegenzuschleudern konnte: „Es ist zwecklos, noch über eine allgemeine Aufbesserung zu sprechen. Halten die Gewerkschaften diese Forderung aufrecht, so kann sie niemand daran hindern.“

Das ist die Haltung und das wahre Gesicht der Dorpmüller-WG. Die Eisenbahner sollen nichts erhalten. Den Eisenbahnern aber bleibt kein anderer Weg als der des Kampfes. Dem Beispiel von Halle sind die Dresdner Werkstättenarbeiter gefolgt. Der Druck muß verstärkt werden. Überall müssen die Eisenbahner den Dresdner Kollegen folgen und durch ihren geschlossenen Kampf wissen die Reformisten zum Lohnkampf zwingen und der Hauptverwaltung zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, sich mit Hungerlöhnen von den Damesbürgen abspalten zu lassen.

### Besprechung Chamberlain-Litwinow

Um die Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen

III. London, 22. November

Das Verteidigungskomitee des britischen Imperiums trat heute im Kolonialministerium zu einer Sitzung zusammen. An den Besprechungen nahmen der erste Lord Charles Madden, der erste Lord der Admiralität Bridgeman und Churchill teil. Weiter wurde zu den Beratungen der Führer der britischen Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission in Genf, Lord Cushead, hinzugezogen. Es wurden die Fragen erörtert, die voranschreitend im Verlauf der Genfer Erörterungen auftauchen werden. Neben diesen technischen Vorbereitungen beschäftigt man sich in unterrichteten Kreisen weiterhin lebhaft mit den zweckmäßigsten Maßnahmen für eine mögliche Aussprache mit den russischen Delegierten über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Abrüstungsverhandlungen sich so lange hinzuziehen werden, daß Außenminister Chamberlain den Führer der russischen Delegation beim Zusammentritt des Völkerbundes am 5. Dezember noch in Genf antreffen wird. In jedem Fall wird mit einer Aussprache zwischen Lord Cushead und Litwinow gerechnet.



Genosse Litwinow  
Vollkommener der UGSR,  
Führer der russischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz.

Ministerpräsident Baldwin erklärte sich heute nachmittag bereit, die Aussprache über den arbeiterparteilichen Mißtrauensantrag gegen ihn am Dienstag nächster Woche stattfinden zu lassen. Da Chamberlain bereits am Dienstag zur Teilnahme an der Ratssitzung des Völkerbundes nach Genf abreist, legt die Regierung entscheidenden Wert darauf, am Donnerstag die große Aussprache über „Abrüstung und Frieden“ durchzuführen, die gewissermaßen den Boden für die Arbeit der englischen Delegation in Genf vorbereiten soll.

Ministerpräsident Baldwin erklärte sich heute nachmittag bereit, die Aussprache über den arbeiterparteilichen Mißtrauensantrag gegen ihn am Dienstag nächster Woche stattfinden zu lassen. Da Chamberlain bereits am Dienstag zur Teilnahme an der Ratssitzung des Völkerbundes nach Genf abreist, legt die Regierung entscheidenden Wert darauf, am Donnerstag die große Aussprache über „Abrüstung und Frieden“ durchzuführen, die gewissermaßen den Boden für die Arbeit der englischen Delegation in Genf vorbereiten soll.

### Drohungen der Imperialisten

Beschärftete Hege gegen die Sowjetdelegation in Genf

Berlin, 23. Nov. (Wg. Drahtbericht.)

An die Norddrohungen der russischen Schweiz gegen die russische Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz reißen sich die dauernden Drohungen der imperialistischen Presse gegen die Sowjetdelegation an. So schlägt der Temps seine Betrachtungen über die bevorstehende Abrüstungskonferenz in Genf mit der Frage, ob die Verhandlungen der zivilisierten Staaten notwendig sein würden, irgendein Manöver Russlands zu begünstigen in dem Augenblick, wo das Sowjetregime schon zusammenzubrechen droht.

Es ist bezeichnend, daß der Vormarsch bisher im Gegensatz zur gesamten anderen Presse kein Wort über die Norddrohungen gegenüber der Sowjetdelegation gebracht hat. Statt dessen veröffentlicht der heutige Morgen-Vormarsch auf der ersten Seite einen großen Artikel über den Kampf der GPU gegen die monarchistischen und menschenwärtigen Konterrevolutionäre, der mit häßlichen Bemerkungen über das Ergebnis des Vorgehens der GPU gegenüber der russischen Opposition ausgefüllt ist. Der Vormarsch-Artikel dient nur dazu, die Sowjetunion in Mißkredit zu bringen und unterstützt so in indirekter Weise die Nordhege gegen die Genfer Sowjetdelegation.

## Sowjetrusslands Abrüstungsprogramm

Erklärungen Litwinows

Um die recht häufig auftauchenden Tatarenmeldungen über die Absichten der Sowjetdelegation in Genf zu widerlegen, hat Litwinow, der Führer der Delegation, vor der Abreise derselben, den Pressevertretern in Moskau eine Unterredung gewährt, in der er sich über die Pläne der Kommission in Genf aussprach.

Litwinow erklärte, die Sowjetunion habe bisher ständig die Abrüstung verlangt. Sie habe der Abrüstung, der ganzen oder teilweise, stets die größte Bedeutung beigemessen und dem in Erklärungen der Sowjetregierung oft genug Ausdruck gegeben.

Lebhaftig der durch die Ermordung Vorostkoffs entstandene Konflikt mit der Schweiz verhinderte die russische Teilnahme an den bisherigen Beratungen der Genfer Abrüstungskommission. Die jetzige Entsendung der russischen Delegation bedeute keineswegs, daß Russland seine grundsätzliche Stellung zur Abrüstung oder zum Völkerbund verändert habe.

Was Litwinows Worten ging hervor, daß Russland die Absicht hat, in Genf sehr energisch gegen alle Verschleppungsversuche der Abrüstungskonferenz sich zur Wehre zu setzen, andernfalls aber auch keineswegs von vornherein ein zum Scheitern verurteiltes Nagelprogramm auflegen oder Brechen vorlegen will.

Litwinow, der sich ein leichtes Spötteln darüber nicht verweigerte, daß der Völkerbund in 7 Jahren in seiner Hauptaufgabe, nämlich der Förderung des Friedens und der Abrüstung, nicht über Deklarationen und Resolutionen hinausgekommen sei und eine endliche Abrüstungskonferenz immer noch nicht zustande gebracht habe, erklärte, die Sowjetunion schlage ihren Nachbarn gebührende Rücksicht, und nicht nur ihren Nachbarn, Nichtangriffspakte vor und erstrebe als Ziel die volle und allgemeine Abrüstung. Wenn aber dies nicht auf einmal oder in kurzer Frist erreichbar sei, werde die Sowjetunion der Durchführung dieses

Planes in Fristen zustimmen, die die Abrüstungskonferenz festzulegen haben werde.

Diesem Programm entsprechend tritt die Sowjetdelegation nach den Worten Litwinows ein selbständiges Programm an und wird mit den Delegationen zusammengehen, die in gleicher Richtung arbeiten; sie wird sich aber gegen alle Versuche stellen, die Abrüstungsfrage mit fruchtlosen Resolutionen abzutun oder die Konferenz zum politischen Werkzeug irgendeines Staates zu machen.

Diese Erklärungen Litwinows zeigen, daß die russische Delegation nicht gewillt sein wird, den Imperialisten die Möglichkeit des Ausweichens und heuchlerischer Erklärungen zu geben. Die Sowjetdelegation wird wirklich ernsthaft für den Frieden kämpfen.

### Abrüstungspraxis

Fünf neue amerikanische 10 000-Tonnen-Kreuzer

III. London, 22. Nov. Nach Meldungen aus Newport verläuft in wohlinformierten amerikanischen Kreisen, daß der vom Marineministerium dem Präsidenten Coolidge unterbreitete Vorschlag den Bau von 5 neuen 10 000-Tonnen-Kreuzern vorleht. Von denen in jedem Jahre einer auf Stapel gelegt werden soll. Eine offizielle Erklärung wird nicht erfolgen, bevor der Präsident dem Kongress Mitteilung gemacht hat.

### Mechanisierung des Menschenmordes

III. London, 23. November. Im Unterhaus fand gestern nachmittag eine Debatte über Armeestrogen statt. Ministerpräsident Baldwin erklärte, es sei nicht möglich, die Zahl der in Europa unter Waffen stehenden Männer anzugeben. Der Kriegsminister antwortete auf eine Reihe von Fragen. Er teilte u. a. mit, daß innerhalb des letzten Jahres 43 Artilleriebrigaden mechanisiert worden seien. Er hoffe, daß im nächsten Jahre die Mechanisierung sämtlicher Artilleriebrigaden durchgeführt sein werde. Lord Osborn erklärte in Erwiderung auf eine Reihe weiterer Fragen u. a., dem Kriegsministerium sollte nicht so viel Mißtrauen in der Deutschnachricht entgegengebracht werden.

gen  
Rakland  
Pauschelei  
kultur be-  
ndlungen  
eine gute  
erwandt-  
Ort der  
ohne leit  
ung, die  
sem Tisch  
id Alten-  
niederbrin-  
Das Ra-  
muk id  
das ist  
Wohnung  
lester Zeit  
den wol-  
ne ihrem  
ter Stadt  
nicht nur  
lester Herr  
berer, die  
en zu er-  
in petijon-  
nicht ein-  
Willa mit  
uten Häu-  
und die  
ein Jahr  
lester Zeit  
gesperrt  
hne Ofen.  
en. Dazu  
zu — ar-  
aus dem  
enie, war  
gewesen,  
ein Jahr  
untertrie-  
schlimm-  
auf Här-  
die hätten  
en. Man  
gen uns.  
nft. In  
sind nicht  
ed müssen  
en. Stin-  
Zimmer.  
Burchen  
ging die  
bis nach  
ich ange-  
de, wurde  
end Elend  
schine wie  
sellen in  
der — da  
er erlich  
an. Weil  
gebener  
Sprache  
demokratie  
mmt nicht.  
erzähler.  
welche Art  
Kommun-  
ruffisch-  
en Nach-  
nicht ver-  
gebracht.  
e Mensche-  
nrecht ver-  
st aufhört,  
ab Sozial-  
mets den  
erzgeben.  
fnet west-  
terroristen  
Kongress  
rufen und  
erten, als  
hen.)  
Wir fahren  
t blaffen,  
Wegen sie  
sozialeco-  
n anderes  
gelegt zu  
dah auf  
miter eine  
Verhand-  
n unteren  
n Zimmer  
ationäre  
nd gingen.  
Hare, aus-  
ger. Die  
Haretten-  
n abge-  
ne große  
e Fron-  
ber und  
t wurde  
anonen.  
darauf  
nehmend.  
e froh-  
igt.)



# Der Reichstag tagt wieder

Keine Zeit für die Not der Werkstätten

Berlin, 22. November.

Kurz nach 10 Uhr abends kamen die Abgeordneten dieses allerschweren Parlamentes und unterhalten sich angetrunk in der Sitzungsaal, während vom Rednerpult den Stenographen diktiert wird. Geschäftsmäßig und gewohnheitsmäßig läuft der Apparat; mit einem Aufseher geht die bürgerliche Mehrheit über die letzten Angriffe des Genossen Adels hinweg, der die Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen durch Verordnungen des Reichsarbeitsministers lebhafte und Besprechung fordert. Die Sozialdemokraten schweigen, ihr oppositioneller Mut scheint völlig vertraut zu sein. Erst die Tatsache, daß Genosse Schäfer bei Beratung des deutsch-französischen Handelsvertrages eine scharfe Abrechnung mit der Hochschulpolitik des Reichspräsidenten und seiner politischen Agentur, des Bürgerblocks, vornimmt, rufft Wiffel auf den Plan, der einige sanfte Fragen an den Reichsarbeitsminister stellt — über diesen Kampf der SPD gegen die Schulpolitik wird die Bourgeoisie mit einer verächtlichen Handbewegung hinweggehen. In einer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reichsminister betonte Wiffel vor Schluß der Sitzung besonders, daß der deutsch-französische Handelsvertrag sich nicht unterscheidet von anderen Verträgen, die geschlossen wurden, als die Deutschnationalen noch nicht in der Regierung saßen. Die SPD sorgt für Stimmung bei der Bourgeoisie, um nach den kommenden Wahlen wieder in die Regierung hineinzukommen.

Diese Wahlen meinen näher zu sein, als allgemein angenommen wird. Das ganze Haus ist erfüllt von Gerüchten, die von Stresemanns Rede in Braunschweig ausgehen und bereits für das Frühjahr Neuwahlen prophezeien.

Aber die Parteien selbst halten sich mit Händen und Füßen an den morschen Pfählen dieses angefallenen Parlamentes. Auch die Sozialdemokraten stimmen gegen einen kommunalistischen Antrag, der die Auflösung des Reichstages verlangt. In seiner letzten Lebensperiode ist dieser Reichstag, der keine Zeit für die Not der Werkstätten hat, was er seit seiner Wahl im Dezember 1924 war: das willfähige Instrument der Reaktion. Es ist an der Zeit, dieses Instrument zu zerbrechen.

## Die Verschärfung der Volksschule beschlossen

Braunschweig, 22. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Die Braunschweigische Landeszeitung, das Organ der Deutschen Volkspartei, nimmt heute zu dem Ergebnis der gestern hier abgeschlossenen Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei Stellung. Nach der Würdigung der Verhandlungen und Beschlüsse wird festgestellt, daß es nun gelungen sei, in der Schlußfrage eine Einigung zu erzielen, durch die auch die Krise in der Reichsregierung vermindert worden sei.

Diese Einigung beleuchtet schlaglichtartig den bewußten Verrat, den die SPD-Führerschaft gegenüber den Arbeitermassen in dieser Frage getrieben hat, indem sie fortwährend auf den „Imperialismus“ der Volkspartei hinwies, der eine Einigung mit den Deutschnationalen über das Reichsliche schwarze Schulgesetz unmöglich machen werde. In diesem Zusammenhang muß gleichzeitig wieder an die Beratungen der preussischen SPD mit der Koalitionsregierung für das preussische Konordat und die Rolle bei den Koalitionsregierungsmaßnahmen erinnert werden, wo die SPD überall dem Zentrum zuliebe entsprechende Hilfsdienste zur Durchföhrung des schwarzen Schulgesetzes leistete. Schäfers Kampf gegen dasselbe ist nach wie vor die Lösung für alle Werkstätten.

## Um jeden Preis in die Regierung

Die SPD in Hessen wieder zur Koalition bereit

Berlin, 23. November. (Eigener Drahtbericht.)

„Wäre zur Regierung“ überschreibt der Vorwärts einen Bericht über eine Sitzung des Landesvorstandes und Landesauschusses der Sozialdemokratischen Partei Hessens, die am Montag in Frankfurt am Main stattfand, um zu den kläglichsten Wahlergebnissen in Hessen Stellung zu nehmen. Nach vierstündiger, im Geiste vorbildlicher Kameradschaft geföhrten Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der zwar kein Wort über die Gründe für die katastrophale Wahlverluster und den Aufschwung der Kommunisten zu finden ist, wohl aber festgelegt wird:

„In der Frage der Regierungsbildung sind Landesvorstand und Landesauschuss der Auffassung, daß ihr die der Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei als der weitaus stärksten Fraktion auch im neuen Bundtag entsprechende ausschlaggebende Stellung eingeräumt werden muß.“

Das erste Gebot, das die gescheiterte Sozialdemokratie ausspricht, behauptet also: „Dinein in die Regierung, um jeden Preis hinein in die Regierung! Pokist der „Arbeiterpartei!“

## „Revolten in Ausland“

Berlin, 23. November.

Durch die ganze Weltweite Presse gehen programmatisch die Schwindelmeldungen über große Unruhen, Demonstrationen und Militärrevolten in Südrußland, die von Anhängern der Opposition angeblich veranfaßt werden. Interessant bei dem ganzen Schwindel sind nur die Hoffnungen, die die antibolschewistische Presse besonders an die angeblichen Matrosenrevolten in Odessa und Sebastopol knüpft. In Odessa sind Schiffe mit meuternden Matrosen in das „offene Meer“ hinausgefahren, im Kriegshafen von Sebastopol haben meuternde Matrosen „zahlreiche Kriegsschiffe“ verlassen. Die bürgerliche Presse glaubt selbst nicht recht an diesen Schwindel, erklärt aber, daß von allen Meldungen diese Matrosenrevolten „die größte Aufmerksamkeit verdienen“ und von „größter Wichtigkeit seien“, weil sich „von der Flotte am ehesten eine wirkungsvolle Aktion erwarten ließe“. — Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens!

## Das Reich um 20 Millionen Mark betrogen

Der Kleinstrentenbeitrag von Marlakron von Gericht

II. Mainz, 20. November. Hier wurde vor dem erweiterten Kreisgericht der Kleinstrentenbeitrag der Kleinstrentenbrennerei Marlakron in Oppenheim verhandelt. Wegen Zoll- und Steuerhinterziehung im Betrage von ungefähr 20 Millionen Mark hatten sich der Habrikant Daniel Koebling aus Oppenheim, der ehemalige Direktor des Schuherverbandes Mainzer Hausgewerbetreibender Peter Wirth, der Kaufmann Gröninger und der Müller August Kattmann zu verantworten. Die Angeklagten hatten es verstanden, die Zollbeamten über den Charakter der von ihnen bezogenen Waren, die als Brennwein deklariert waren zu täuschen und es ermöglicht, nach Belieben Brennwein oder Spiritus aus dem Kessel bei den durch die Zollbeamten entnommenen Proben zu lassen. Das Urteil lautete für Daniel Koebling auf 14 Monate Gefängnis und 20 Millionen Mark Geldstrafe, für Peter Wirth auf 8 Monate Gefängnis und 20 Millionen Mark Geldstrafe. Die beiden Angeklagten Gröninger und Kattmann erhielten je zwei Monate Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

# Um das Petroleum

## Entscheidende Niederlage des Tischerwonehlföhrers Deterding

Berlin, 23. November. (Eigener Drahtbericht.)

Pöfliche Zeitung und Berliner Tagesschau bringen Meldungen aus Washington und New York, die eine entscheidende Niederlage des Antibolschewisten und Petroleumindustriellen Deterding bedeuten, falls sie sich bewahrheiten. Danach haben sich die Verhandlungen zwischen dem Standard Oil in New York und Vacuum Oil in New York abgeklärt und der Royal Dutch Shell Company andererseits vollständig und scheinbar endgültig geschlossen. Dieser waren von der New Yorker Standard Oil mit dem russischen Naphtha-Syndikat Verträge abgeschlossen, die eine jährliche Lieferung von 250 000 Tonnen Petroleum vorsehen. Dazu kamen noch Verträge mit der Vacuum Oil über ca. 175 000 Tonnen, und nunmehr hat die New Yorker Standard Oil Company unter völliger Bröföhrung des englisch-holländischen Petroleumkonglörats Deterding durch die Vertretung des russischen Naphtha-Syndikates in New York einen neuen Vertrag für die Dauer von sechs Jahren abgeschlossen, der eine jährliche Lieferung von jährlich mindestens 70 000 Tonnen russischer Petroleumprodukte an die Amerikaner vorsieht. Die jährlichen Gesamtlieferungen von Rußland an amerikanische Gesellschaften können demnach auf rund 500 000 Tonnen Petroleum und Petroleumprodukte geschätzt werden. Die Korrespondenten melden, daß nach ihren Informationen in den nächsten Tagen für Deterding eine Reihe weiterer unliebsamer „Ueberraschungen“ bevorstehen, da die Standard Oil of New York die Verträge mit den Russen nicht eigenmächtig, sondern nach vollständiger Verhandlung mit der Standard Oil of New Jersey abgeschlossen habe, so daß auch bei dieser Gesellschaft ein Umschwung in bezug auf das Rußengeschäft eingetreten sein dürfte. Bis hier konnte Sie Henry Deterding die Standard Oil of New Jersey im Kampf gegen das sowjet-russische Naphthasyndikat immer als stärksten Trumpf gegen die mit der Sowjetunion in Verbindung stehenden amerikanischen Oelgesellschaften ausspielen.

Vielleicht steht diese — die Wichtigkeit der Meldungen immer vorausgesetzt — entscheidende Niederlage Deterdings in Amerika in ursächlichem Zusammenhang mit seiner wahnwürrigen Seh-

lampagne und der von ihm mit unterstühten Tischerwonehlföhrerschaft, sowie mit der unerhörten Hehe, die Deterding durch seine Beauftragten in Paris nicht nur gegen die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion, sondern auch für einen vollständigen Boykott der russischen Naphthaprodukte in Frankreich föhrte. Die Sorgen Deterding sollen um so größer sein, als trotz der Arcosaffäre und des Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen der von ihm in der ganzen Welt propagierte Boykott des Sowjetnaphthas selbst in England nicht im geringsten der erwarteten Erfolg getragen hat, sondern nach wie vor die hochwertigen russischen Oele sich auf dem Markt behaupten.

## Geldföhrer und Behörden

Verhinderungsvorläufe in der Tischerwonehlföhrerschaft

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen wird der georgische Geldföhrerprozeß alles auf diesem Gebiet bisher Dagewesene weit übertreffen. Aber schon sind Kräfte am Werk, um den Umfang des Prozeßes einzuschränken, die Presse zum Schweigen zu bringen und die ganze Angelegenheit mit möglichst wenig Gerücht aus der Welt zu schaffen.

Die gesamte bürgerliche Presse ist auf einen Wink der Bürgerblockregierung hin mehr als zurückhaltend. Es scheint, daß die Vorstellungen der englischen Botschaft in Berlin bei dem Auswärtigen Amt auf sehr günstigen Boden gefallen sind.

Sinu kommen die Anstrengungen der bairischen Regierung, die durchaus erzwungen will, daß der ganze Prozeß möglichst vor einem Münchener Gericht durchgeführt wird. Dadurch, daß Weber Vertrauensmann der Münchener Polizei war und daß die Bayerische Volkspartei sowohl als auch die bairischen Faschisten ihre Hand mit im Spiele haben, ist die bayerische Regierung gezwungen, alles zu tun, um die völlige Aufdeckung der politischen Hintergründe zu verhindern. Jedem Einflüchtigen ist klar, daß die bayerische Regierung von den Dingen informiert gewesen sein muß.

Das georgische Kultur-Abendblatt behauptet, daß aus der Bayerischen Volkspartei und den Nationalsozialisten noch eine allgemein zusammengesetzte politische Organisation in München in den Standal verwickelt ist, die sich die Förderung lnterrevolutionärer Pläne der russischen und georgischen Emigration gegen die Sowjetunion zur Aufgabe gestellt hat.

## Der Metallarbeiterkampf im Saargebiet

Saarbrücken, 22. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Heute morgen 6 Uhr haben 25 000 Metallarbeiter der Großbetriebe des Saargebietes die Arbeit niedergelegt. Der Kampf wird geführt um 10 Prozent Lohnerhöhung. Die christlichen Gewerkschaften haben versucht, den Streik zu verhindern, aber die Belegschaften sind geschlossen über diese Sabotage hinweg in den Streik eingetreten. Beteiligt an dem Streik sind vorläufig die Großbetriebe in Völklingen, Neunkirchen, Burbach und Pöfenbach. Es ist eine weitere Verbreiterung des Kampfes zu erwarten. Die Arbeiter bildeten überall örtliche Streikkomitees, um den Streik für die 10prozentige Lohnerhöhung durchzuführen. Die Reformisten sind durch diese Tatsache vollständig zurückgedrängt, da sie nur in 2 Betrieben den Streik föhrten und nur um die Annahme eines Schiedspruches, der 3 Prozent Lohnerhöhung vorsieht, kämpfen wollten.

## Die Unternehmerront im Banken

Keine Zigarrenarbeiterausperrung in Oberbaden

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus Oberbaden berichtet wird, haben die dortigen Zigarrenfabrikanten die schon seit langem angekündigte Ausperrung noch nicht verwirklicht. Durch einen Beschluß ist die Ausperrung jetzt dreimal um eine Woche hinausgeschoben worden. Die am 18. November in Dinglingen versammelten Ausschußmitglieder der oberbadischen Gruppe des Reichsverbandes der Deutschen Zigarrenhersteller beschloß, ihre Betriebe vorläufig bis 26. November weiter arbeiten zu lassen. 17 000 badische Zigarrenarbeiter arbeiten also weiter und die Einheitsfront des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller weist somit eine empfindliche Lücke auf.

## Blutige Zusammenstöße in Amerika

Henkermethoden gegen streikende Arbeiter

New York, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.)

In dem Bergwerksdistrikt Colorado, in dem es zu schweren Kämpfen gekommen war, hat sich die Lage verschärft. Die Zahl der Personen, die bei dem Kampf zwischen streikenden Arbeitern und Polizei getötet wurden, hat sich auf insgesamt fünf Bergarbeiter erhöht. Nachweislich hat die Polizei auf die unbewaffneten Arbeiter das Feuer eröffnet. Am den Streik im Blute zu ersticken, sind 5 Kompanien Infanterie, 2 Abteilungen Kavallerie und Tanks in den Kohlenruben stationiert worden. Das Haus des Gouverneurs allein ist von 500 Soldaten bewacht, weil man einen Mordversuch (!) auf den Gouverneur befürchtet.

## Der Bürgerblock gegen die Kriegshinterbriehenen

Auf der Tagesordnung des Kriegsbeschädigten-Ausschusses vom 22. November standen zur Ausprache die §§ 34, 36, 42 (Sterbegeld, Waisenbeihilfe usw.). Ein kommunistischer Antrag, den der Genosse Reddermeyer begründete und in dem verlangt wird, daß bei dem Tode eines Erwerbsunfähigen in jedem Falle Hinterbliebenenrente gewährt werden soll, wird von allen Parteien, auch von der SPD, abgelehnt. Ein anderer kommunistischer Antrag, der die Waisenbeihilfe auch erwerbsunfähigen Geschwistern gewähren will, wird gleichfalls abgelehnt. Ein ähnlicher SPD-Antrag wurde zurückgewiesen. Kerkensheimer sprach sich gegen die Sterbegeld bei dem Tode von Hinterbliebenen sehr energisch aus. Er verwies dabei darauf, daß den Waisen doch die Fürsorgestelle nach der Seite rände. Schließlich wurde das Sterbegeld festgesetzt auf 100 Mk., 150 Mk., 195 Mk. und 210 Mk. Alle weitergehenden Anträge wurden abgelehnt.

Die Debatte über die Heilbehandlung und die Erföhrspflicht der Krankenkassen konnte heute nicht mehr zu Ende geföhrt werden und wird morgen fortgesetzt.

## Schlechtes Gewissen

Um den deutsch-russischen Handelsvertrag

Berlin, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Die russische Handelsvertretung hat für heute abend die Vertreter der deutschen Presse zu einer Aussprache über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen eingeladen, da diese Beziehungen durchaus nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen gerechtwärtigt haben.

Die Tägliche Rundschau des Herrn Stresemann schimpft während auf diese Pressekonferenz, erklärt, daß eine derartig einseitige Beeinflussung der deutschen Presse nicht ganz unbedenklich sei und mit den diplomatischen Gebräuchen nicht ganz im Einklang stehe und hofft, daß es der russischen Handelsvertretung nicht gelingen werde, die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Frage der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen mit Hilfe der deutschen Presse in irgendeiner Form zu beeinflussen. Herr Stresemann scheint ein außerordentlich schlechtes Gewissen zu haben.

## Die estländische Regierung gestürzt

II. Riga, 22. November. Die estländische Regierung ist heute von der Anführerpartei gestürzt worden. Eine Einigung über die Verteilung der durch den Bföhrerbund gewährten Kreditsummen war nicht möglich. Die Siedler verlangten von der neu zu gründenden Bank für langfristige Kredite, die diese Gelder verwalten soll, landwirtschaftliche Kredite zu niedrigeren Zinssätzen, als die Bank selbst ihren ausländischen Gläubigern zahlt.

## Vom Tage

Nach Unterschlagung von Lohngeldern flüchtig

II. Saarbrücken, 22. November. Der 33jährige Angestellte des Dillinger Hüttenwerkes, Eugen Meyer, ist nach Unterschlagung von 21 000 Franken Lohngeldern flüchtig geworden.

Die Folgen des Sturmwetters

35 Fischer ertrunken

II. Vardou, 22. November. Die schweren Stürme der letzten Tage haben der Schifffahrt großen Schaden zugefügt. Bei dem Untergang von Fischerbooten in der Nähe von Malaga und Cadix sind 35 Personen ertrunken. Wie weiter gemeldet wird, ist der deutsche Dampfer „Ueberjeb“ (?) an der spanischen Küste gesunken. Die Beladung soll gerettet worden sein. In der englischen Küste, in der Nähe von Portsmouth, befindet sich der Dampfer „Georgia“ aus Holland mit 15köpfiger Besatzung in sinkendem Zustand. Die Rettungsboote können wegen der schweren See nicht an den Dampfer heran kommen. Von London aus sind besondere Hilfsmahnahmen eingeleitet worden.

Großfeuer in einem märkischen Dorf

II. Berlin, 23. November. Wie die Morgenblätter berichten, ist das Dorf Vinum bei Seehausen gestern von einer schweren Brandkatastrophe heimgesucht worden. In der Scheune eines Gutsbesizers brach, aus bisher ungeklärter Ursache, Feuer aus, das infolge des heftigen Windes mit großer Geschwindigkeit auf benachbarte Scheunen und Stallungen übergrieff. Nach mehrstündigen Lösarbeiten, zu denen die Feuerwehren aus den Nachbarkörierten zu Hilfe gerufen worden waren, gelang es, ein weiteres Umschlagreifen des Brandes zu verhindern. Im ganzen sind neun Gebäude eingestöhrt worden.

Neue Erdböhe in Rußland

II. Moskau, 21. November. Aus Moskau wird gemeldet, daß in Leninstan sechs weitere Erdböhe bezeichnet worden sind. Es ist dies das letzte Mal, daß Leninstan vom Erdbeben heimgesucht wird. Neun Häuser sind eingestöhrt, zwei Tote wurden gemeldet.

D 1230 zum Flug nach Amerika gestartet

II. New York, 22. November. Nach einer bisher noch nicht bestätigten Meldung aus Horta auf den Azoren ist das Junkerflugzeug D 1230 heute um 18 Uhr nach Hortazeit (21 Uhr mitteleuropäischer Zeit) zum Flug nach Amerika gestartet.

Witterungsaussichten für Donnerstag, den 24. November: Meist trüb und zeitweise Niederschläge, teils Regen, teils Schnee. Leichter Nachtfrost. Tagüber Temperaturen um Null und etwas darüber. Nachland schwache bis mäßige, höhere Lagen lebhafter Winde vorwiegend südlicher Richtungen. Allmähliche Beendigung der letzten Frostperiode.



# Kleinbauernbetrug

## Ablenkungsmanöver - Hege gegen die Arbeiter

Am 15. d. M. fand in Dresden die Gesamtsitzung der sächsischen Landwirtschaftskammer statt. Der nächste Betrachter dieser Sitzung fragt sich: Was hat diese Tagung den kleinen Bauern gebracht. Was wurde für die, die mit eigener Arbeitskraft ihr Feld bebauen in dieser Sitzung beschlossen? Man muß gestehen, die Kammer wandte viel Geschick auf für die Verhinderung der kleinen Bauern. Sie gaben rhetorisch eine vollständige Begründung. Da die Großgrundbesitzer, die diese Veranstaltung leiten, die in der Landwirtschaftskammer den Ton angeben, wissen, daß der kleine Bauer verschuldet ist, daß er die Steuern nicht bezahlen kann, daß ein Teil der Roggenrenten-Mückerhande ausgeliefert ist, zogen sie als erstes das Kapitel der Verschuldung der Landwirtschaft auf. Natürlich stellte der Präsident Bogelang dabei die Großbetriebe in den Vordergrund. So vollführte man einen demagogischen Aufzug auf der ganzen Linie.

Wohl sprach Bogelang von der allgemeinen Notlage, wohl zeigte er eine Menge Verschuldungsziffern auf, jedoch vermied er es, zu zeigen, in welchem Umfange dabei die Kleinbauern die Betroffenen sind. Dafür betonte er aber ausdrücklich, daß die Spateinlagen von 800 000 auf 450 000 Reichsmark gestiegen diese Steigerung zur Hälfte auf Betriebe unter 12 Hektar entfallen. Auch hier hätte sich Bogelang eine genaue Differenzierung zu geben. Er vermied es vor allen Dingen zu sagen, wieviel Kleinbetriebe und wieviel Großbetriebe an der Spateinlage beteiligt sind. Auch vermied er zu erzählen, mit welchen Summen die einzelnen Großgrundbesitzer beteiligt sind. Diese Spateinlageerhöhung stellt Bogelang der Verschuldung gegenüber. Diese sind für die Mitglieder einer Genossenschaft Mitteljahrlens gestiegen von 150 000 RM im Jahre 1925 auf 558 000 RM im Jahre 1927. Dazu kommen 283 000 RM Wechselrente. Auch hier verweigert der Präsident der Landwirtschaftskammer schamhaft, auf welche Schichten diese Schulden entfallen, zu welchen Zwecken sie aufgenommen.

So war das ganze Bestreben, keine Klassenenteilung unter der Bauernschaft aufkommen zu lassen. Es sollte die Fiktion aufrechterhalten bleiben, daß die Bauern ein einheitliches Ganzes sind, daß Klein- und Großbauern zusammengehören. Deswegen versuchte man auch über die Stimmung der Kleinbauern hinweg zu gleiten. Als Ursache der Not wurde das Diktat von Versailles beschworen, die Dameslasten vermindert, und dann trommelte Bogelang:

Wenn die Landwirtschaft zusammenbricht, dann wird alles was heute noch selbstbewußt und sicher dasteht, in den Strudel des Zusammenbruchs hineingerissen. Und dennoch heißt es für uns Landwirte, weiter kämpfen!

Mit diesen Tönen will man die Kleinbauern über die Lage hinwegbalancieren. Man fordert noch ein wenig Steuererleichterung und dann macht man in Hege gegen die Arbeiter. Das ist das alte Futter, mit dem man den Kleinbauern nun schon seit jeher an der Kruppe hält. Nationalismus und Hege gegen die Arbeiter, damit überdoppelt man den Bauern und lenkt ihn von seinen wirklichen Feinden, von den Großkapitalisten und Großgrundbesitzern ab. Kein Wort hörte man von der besonderen Notlage der kleinen Landwirte, kein Wort davon, wie man ernstlich gegen die Roggenrentenbank kämpfen sollte. Kein Wort von Steuererleichterung für den kleinen Bauer. Davon sprach auch der deutschnationale Wirtschaftsminister keine Silbe. Herr Krug v. Nidda versichert zwar, daß auch er der Auffassung sei, daß der Bauer keine weiteren Lasten mehr tragen könne, was jedoch vermieden werden sollte, davon sprach er mit keinem Wort. Dazu zeigte er auch keinen Weg. Zwar war die Grundtendenz aller Ausführungen dieser Landwirtschaftskammerführung die, der Arbeiter soll mehr zahlen, er soll schlechter entlohnt werden.

Ohne positiv zu den die Kleinbauern im wesentlichsten beruhenden Fragen Stellung zu nehmen, machte man diese Hege gegen die Arbeiter sehr bewußt. Man will damit erreichen, daß der kleine Bauer gegen die Arbeiter gehegt wird, aber auch gleichzeitig bekämpft man sich, die Arbeiter gegen die Bauern aufzubringen. Die seit einigen Jahren betriebene Politik der KPD, die Politik zum Zusammenbruch der arbeitenden Bauern und der Arbeiter hat große Teile der arbeitenden Bauernschaft schon lange darüber aufgeklärt, daß auch die Räte der arbeitenden Bauern nur dann beteiligt werden können, wenn die Arbeiter und arbeitenden Bauern zusammen gehen werden. Diese Erkenntnis, die immer breitere Schichten der arbeitenden Bauern und der Arbeiter erfaßt, ist der großgrundbesitzlichen Politik des Landbundes sehr gefährlich geworden. Die Politik der Kommunisten hat veranlaßt, daß die Deutschnationalen, z. B. im Sächsischen Landtag, gedrängt durch die von der KPD geführte Politik, auf den Interessen der kleinen Bauern erhoben wurden, mußten. Von dieser Erkenntnis will der Bund, der in der Landwirtschaftskammer hat, die

kleinen Bauern wieder losbringen. Weder die Kleinbauern, noch die Arbeiter werden sich durch diesen raffinierten Feldzug von der Linie der gemeinsamen Annäherung abdrängen lassen.

Besonders die kleinen Landwirte werden gerade aus dieser Sitzung der Landwirtschaftskammer erfahren, daß ihre Interessen dort am wenigsten gewahrt sind. Kein Wort über die Drangsalierungen bei der Grundbesitzzusammenlegung, kein Wort über das Kinderzuschlag oder andere wesentliche Fragen. Dafür nur Anträge über Arbeiter, Lohn und Wohnverhältnisse. Die Forderung nach einer landwirtschaftlichen Arbeitslosenversicherung. Die Landwirtschaftskammer fordert die Aufhebung des Mieterschutzes für Wohnverhältnisse. Die KPD hat im Landtag schon lange die Forderung der arbeitenden Bauern von der mietherrlichen Belastung geltend. Die Forderungen der Landwirtschaftskammer aber erheben sich nur auf die Interessen der Großgrundbesitzer. Der arbeitende Bauer beschäftigt nicht viel Arbeitskräfte, er arbeitet mit seiner Familie. Er hat keine Wohnverhältnisse, aber ein verschuldetes Grundstück. Diese Tagung der



Landwirtschaftskammer zeigte wieder einmal, daß dort nur für die Großgrundbesitzer eine Interessenvertretung ist. Der arbeitende Bauer muß sich selber helfen.

Gerät die Front der Arbeiter und arbeitenden Bauern zusammen, entschließen gemeinsam kämpfen gegen den Großkapitalisten und den Großgrundbesitzer, das ist die Aufgabe der Weltkämpfer. Diese Aufgabe mit mehr Energie durchzuführen, das sei die Erkenntnis für die arbeitenden Bauern. Von dieser Landwirtschaftskammer und der deutschnationalen Führung haben sie nichts zu erwarten.

## „Prinzipienfeste SPD-Führer“

Die Kammer der Sozialdemokraten im Stadtparlament sind wirkliche „Selben“. Als der Genosse Renner die Einwohner über die Bedeutung der Feuersteuer aufklärte, zu der auch die SPD ihre Zustimmung gab, wußten sie nichts zu sagen. Im Gegenteil, sie verteidigten noch ihren Steuernutzer an den Werttägigen. In ihrer Zeitung merckten sie hinterher, daß die Kommunisten „zu spät“ zu dieser Angelegenheit Stellung nahmen. Der Genosse Renner legte der öffentlichen Versammlung eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde. Die Resolution forderte die Zurückziehung der Feuersteuer, oder mindestens aber die Befreiung der werttätigen Hausbesitzer, so daß nur die reichen Hausbesitzer die Steuer zu zahlen haben.

Was machen nun die „Volltreter des Volkswillens“ in Kammer? Arm in Arm mit den Bürgerlichen torkeln sie in der Politik. Selbst in solchen die Massen belastenden Steuerfragen gehen sie mit ihren bürgerlichen Herren. Wo ist da die selbstständige Klassenpolitik? Die SPD-Leute nehmen von der Resolution der öffentlichen Versammlung, die dem Stadtverordnetenkollegium überreicht wurde, ebenso wie die bürgerlichen — schweigend Kenntnis. Das ist die SPD, die immer noch Sozialismus redet, aber ein getreuer Knecht des Kapitalismus ist.

## Parteiarbeiterkonferenz

am Mittwoch, dem 23. November, 19.30 Uhr, im Rönnergarten.

Nikolaus Werner spricht über: Gewerkschaftliche Tagesaufgaben.

Teilnehmer haben sämtliche Mitglieder der Stadtteilkommissionen, die Zellenleiter, die Praktikanten in sämtlichen Massenorganisationen, die Mitglieder der KPD, die Stadtverordneten von Dresden, die Landtagsabgeordneten, sämtliche Dresdner Referenten sowie alle Gewerkschaftsleiter u. Gewerkschaftsfunktionäre.

„Verräter!“ schallt es zu ihm hinout. Wildes, fast ununterbrochenes Toben, in dem der Sozialrevolutionär Henselmann nur zeitweilig zu hören ist, als er gegen die Beschuldigung des Winterpalastes protestiert. „Wir sind entschieden gegen diese Art Anarchie.“

Er hatte kaum geendet, da schwang sich blitzenden Auges ein junger Soldat mit magerem Gesicht auf die Tribüne, mit einer Handbewegung Ruhe heischend.

„Kameraden!“ rief er, und der Rärm legte sich. „Ich heiße Peterkin. Ich spreche für die Zweiten Letztlichen Schützen. Ihr habt die Ausführungen der Vertreter der Armee komitees gehört. Diese Ausführungen würden einen Wert haben, wenn die Rärmer, die sie machten, berechtigt wären, sich Vertreter der Armee zu nennen.“ (Stürmischer Beifall.) „Aber sie sind nicht die Vertreter der Soldaten.“ Mit erhobener Faust: „Seit langem schon fordert die Zwölfte Armee die Neuwahl des großen Sowjets und der Armee komitees. Aber wie euer Zentralreferatskomitee, hat auch unser Komitee es abgelehnt, die Vertreter der Massen vor Ende September einzuberufen, so daß die Reaktionsäre die Möglichkeit hatten, ihre eigenen kassischen Delegierten zu diesem Kongreß zu entsenden. Doch euch sagen, was die Meinung der Letztlichen Soldaten schon seit langem ist: Keine papiernen Resolutionen, keine Reden mehr, sondern Taten! Wir müssen die Macht in unsere Hände nehmen! Mögen die falschen Delegierten nur den Kongreß verlassen. Mit ihnen ist die Armee nicht.“

Beifallsturm durchdrachte den Saal. In den ersten Augenblicken der Tagung, durch die sich überfüllenden Ereignisse bedrängt und gedrängt durch den Kanonendonner, hatten die Delegierten geschwankt. Wohl eine Stunde lang waren Hammer Schlag auf Hammer Schlag von der Rednertribüne herniedergerollt. Sie war zusammenstürzend, aber auch niederdrückend. Stunden sie wirklich allein? Erhob sich Kubland gegen sie? War es wahr, daß die Armee gegen Petrograd marschierte? Dann war dieser hellhörige junge Soldat gekommen und hatte gesprochen, und mit einemmal war ihnen die Wahrheit offenbar. Das war die Stimme der Soldaten. Die Millionen der Arbeiter und Bauern im Soldatenrad waren Männer wie sie, die fühlten und dachten wie sie.

Dann sprach Abramowitsch für den „Bund“, das Organ der jüdischen Sozialdemokraten.

„Was hier in Petrograd vor sich geht, ist schändlich! Die

## Wohnungseind und Terror gegen Klassenkämpfer

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Wenn die heutige Gesellschaft von einem Terror in Rußland redet, so kommt einem der Ekel ab der schamlosen Deuschel unserer sogenannten gebildeten Klassen und von der Kultur bededte Gesellschaft an. Ich will heute einmal die Handlungen einer Stadtverwaltung, die zwar äußerlich, trotzdem eine gute und zahlreiche demokratische und sozialdemokratische Vermandtschaft hat, ohne von Terror zu reden, schildern. Den Ort der Handlung lasse ich vorläufig noch unerwähnt. Ich wohne seit dem Jahre 1924 mit meiner Frau in einer Wohnung, die 9 Quadratmeter groß ist. Damit noch ein Stahl an einem Tisch Platz hat, können wir nur ein Bett stellen. Bücher und Kleinmaterial, das ich benötige, muß ich in einem Raume unterbringen, der festartig in die Erde eingegraben liegt. Das Material verfault dort buchstäblich. Für diese „Wohnung“ muß ich jetzt 12,50 Mark Miete bezahlen (in keiner Großstadt, das sei noch betont). Obwohl ich dem Wohnungsamt eine Wohnung freigemacht habe, komme ich nie an die Kasse. Seit dieser Zeit haben Freunde der Stadtobrigkeit und solche, die es werden wollen, trotzdem sie angängliche Wohnungen hatten, eine ihrem „Stand“ entsprechende Wohnung erhalten.

In einer Sitzung sprach einmal ein Professor unserer Stadt von notwendigem Raum. Er zum Beispiel brauchte nicht nur ein Wohnzimmer, sondern auch ein Arbeitszimmer. Dieser Herr ist im Wohnungsausschuß. Er weiß mit ebensoviel anderen, die im Ausschuß sind, daß ich nicht nur viel Schreibarbeiten zu erledigen habe, sondern auch einen außerordentlich starken persönlichen Verkehr in meiner Wohnung habe. Ich brauche nicht einmal ein Schlafzimmer! Unter erster König hat eine Villa mit 12 Zimmern. Anderen hat man in von der Stadt gebauten Häusern auf Wunsch die Wohnungen baulich eingerichtet und die Allgemeinheit bringt den Mehrtrag auf. Besehe ein Jahr haben wir ohne Ofen in unserem Kaffeehaus. In dieser Zeit ich war arbeitslos, wurde uns noch der Gasgebrauch gesperrt 3 Monate waren wir ohne Gas, viele Monate auch ohne Ofen. Mit einem Schüßengrubenofen mußten wir uns behelfen. Dazu noch folgendes: Wir waren beide — ich und meine Frau — arbeitslos geworden. Meine Frau war mit Abfindung aus dem Betrieb geflogen und weil ich einige Grobheiten verdient, war sie nicht stempeln gegangen. Ich war nicht versichert gewesen, bekam deshalb auch keine Unterstützung. Wir haben ein Jahr lang von Brotkrumen leben müssen. Man wollte uns unterrichten — nebenbei noch Verteilungen, Verschimpfungen schlimmster Art. Verhöht wurden wir, wenn wir Antrag auf Unterstützung stellten; wir wollten die Stadt ausnehmen — wir hätten noch gute Sachen und demnach auch ein Einkommen. Man drohte mit Arbeitsanhaft. Den Hauswirt hegte man gegen uns. Auch hier wurden wir verächtlich, arbeitslos geschimpft. In unsere Fenster wurde nachts, wenn man merkte, wir sind nicht daheim, Rot geworfen. Wir wohnen im Parterre und müssen die Fenster offen lassen, sonst ist es nicht zum Aushalten. Stinkbomben fielen nachts, wenn wir schlafen wollten, ins Zimmer. Nicht von Arbeitern. Ledber gelang es noch nicht, einen Buchsen zu erwischen. Lange Zeit haben wir Wasche gefällig, da ging die Polster oft vorbei. Ob absichtlich, wissen wir nicht.

In der Zeit, wo ich arbeitslos war, habe ich mich bis nach Leipzig, Düsselndorf uim. beworben. Beide Male war ich angenommen. Da eine Auskunft von hier eingeholt wurde, wurde ich nicht eingestuft. Gewiß gibt es auch noch genügend Elend unter den Wohnungsuchenden. Aber solch eine Maschine wie hier, um einen Menschen unschädlich zu machen, dürfte selten in Funktion treten. Wir sollten doch wegziehen von hier — da wäre ein Geschick dran zu machen!“ Beim Hochwasser erhielt ich Arbeit. Nach wenigen Tagen fingen neue Schiffe an. Weil wir uns der Interessen der Werttätigen annehmen, zu gegebener Zeit auch die Standale und Standbüchsen öffentlich zur Sprache bringen, deshalb erfolgen diese Schikanen. Unsere Demokratie ist eine heilige Sache, da gibt's so was wie Terror bestimmt nicht.

Roter Erzähler.

Diese Ausführungen eines Arbeiters zeigen, auf welche Art in dieser freiesten aller Republiken der Kampf gegen Kommunisten geführt wird. Erschreckt der Prolet durch sein rüchliches Auftreten die Bourgeoisie, dann muß diese ihren Machtapparat zu Schikanen aller Art. Da dieser Fall sicher nicht vereinzelt steht, haben wir den obigen Brief zum Abdruck gebracht.

# 10 TAGE die die Welt erschütterten

Autobiografische Uebersetzung von Willi Schulz  
Copyright by Verlag für Literatur und Politik, Wien, Berlin SW 44

(22. Fortsetzung.)

Die Geschichte geht über die Menschewiki hinweg.

„Für wen sprechen Sie? Wen vertreten Sie?“ — riefen sie. „Das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets der Finnen, der Zweite Regiment, das Erste Regiment, die Dritten Schützen...“

„Wann sind Sie gewählt worden? Sie vertreten die Offiziere, nicht die Soldaten! Was sagen die Soldaten darüber?“ Beifall und Toben.

„Wir Frontsoldaten lehnen jede Verantwortung ab für alles, was geschehen ist und was noch geschehen wird, und wir halten es für notwendig, alle selbstbewußten revolutionären Kräfte zu mobilisieren für die Rettung der Revolution! Die Frontsoldaten werden den Kongreß verlassen...“ Wilder Rärm. „Sie reden für den Stab — nicht für die Armee!“

„Ich fordere alle vernünftigen Soldaten auf, diesen Kongreß zu verlassen!“

„Kommunist! Konterrevolutionär! Provokateur!“ wurde ihm zugerufen.

Für die Menschewiki erklärt Chintskuf, daß sie die einzige Möglichkeit einer friedlichen Lösung sehen in der Einleitung von Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung über die Bildung eines neuen Kabinetts, das sich auf alle Klassen der Gesellschaft zu stützen hätte. Minutenlang war er außerstande, weiterzusprechen. Mit fast zum Schreien gesteigelter Stimme verlies er dann die menschewistische Erklärung:

„Die von den Bolschewiki mit Hilfe des Petrograder Sowjets ohne Konsultation der übrigen Fraktionen und Parteien angegriffene militärische Verschwörung macht es uns unmöglich, an dem Kongreß teilzunehmen. Wir ziehen unsere Delegationen an dem Kongreß zurück. Die anderen Gruppen setzen wir auf, unserem Beispiel zu folgen und in einer Besprechung zur Lage Stellung zu nehmen.“











DRESDEN-PIESCHEN

DRESDEN-NEUSTADT

DRESDEN-PIESCHEN

Kolonialwaren Lebensmittel R. Grundherr

Optiker Winkler Leipzig Str. 22

Decken für Betten ... Oskar Schoeller

Kolonialwaren G. Großmann

Kolonialwaren Fleisch- und Wurstwaren Bruno Frenzel

Ida, vereint Reinig Produktengeschäft

Bäckerei Otto Marx

Zwiebad-Reuther

Fahrräder Hans Weigert

I. Söllinger Stahlwaren

Pieschner Vereinshaus Mohrstr. 1

Trikotagen-Maschinen, Strumpf- und Kurzwaren M. Güter

H. Ränger, Torgauer Straße 50

Gier, Butter, Käse, Milch Schwedlers Nachf.

Walter Kröber, Rüschnermesser

Schuhwarenhaus Hermann Noack

Mittlerer Lad- u. Farbenzentrale

Hauschl. Fleisch- u. Wurstwaren Paul Götze

Paul Härtel, Oschatzer Str. 25

Feine Fleisch- und Wurstwaren Albert Sondheim

Max Blachstein Alaunstraße 1 am Albertplatz

LEBENSMITTEL Richard Oestreich, Martha Haufe, A. Pöttsch, Otto Stokert, H. Schermert, Hugo Weiß, Arthur Geißler, Oskar Prötznoh, ALFRED STEGLICH

Kaufhaus Julius Caspar Dresden-Neustadt, Hechtstraße 14

Lebensmittelhaus WILLY STARKE

Spezial-Bäckerei Otto Borgmann

Hirschedelbäckerei Ernst Schäfer

Hirsch-Drogerie

Eisenwaren, Werkzeuge Haus- und Küchengeräte

Fabrikation feiner Bleich- und Wurfwaren

Gustav Haase, Bürgerstraße 39

Schuhwarenhaus Joseph Kleine

Arbeiter-Photographen, Porträts

Optiker Bräuer

Schokoladen Konfitüren H. Marschan

Ernst Liebold

Fr. Fanger Dresden N.

Restaurant Paul Richter

Raffinerie u. Garbschneide-Garten

Fahrräder Reparaturen

Akkumulatoren

Kolonialwaren Lebensmittel Milch

Kolonialwaren Grünwaren

Restaurant „Bürgerhof“

KOTZSCHENBRODA

„Braustübel“ Bahnhof. Beliebte Einkehrsstätte

CARL PITTUS, Bahnhofstraße 11

L. Rönisch Nachf., Vorwerkstraße 9

Paul Naumann Papier- und Schulbuchhandlung

Haarformer Großhans

Kurbelschneiderei und Plüsspresserei

Frz. Neugebauer Nachf., Lange Str. 3

R. SCHREYER, Meißner Straße 48

M. Müller, Gartenstraße 10a

Wasch- und Pfützenstall Ernst Behöna

E. Renisch Obst, Gemüse, Hechtstr. 18

Restaurant „Elbflora“

Schubert & Sachse Flaschen und Syphon-Biere

„Kronen“ Dr. Dampf, Bohm- u. Chem. Wäscherei

Dettmeyer, Simon & Co. Süßwaren

Dugo Schiefner, Neue Straße 5

Hermann Ulbicht, Bahnhofstraße 6

Buch-, Papier- u. Galanteriewaren-Handlung

H. Schackert, Bahnhofstraße 5a

SCHUHHAUS TITTMANN

WEISS & LEDERER Herren- und Knaben-Konfektion

Kolonialwaren Albert Wujesch

Papier- u. Spielwaren-Handlung

Bruno Gerkenberger

Frisier-Salon Max Schneider

Zoologische Handlung, Elia Noak

Willy Tronleke, Hauptstr. 1

Karl Kramer, Neue Straße 4

Dugo Schiefner, Neue Straße 5

Hermann Ulbicht, Bahnhofstraße 6

E. John Kolonialwaren

Konzert- und Ballhaus Deutsche Reichskrone

Richard Weinhold

Friedrich Witzschel

Restaurant Louis Berger

Werft-Drogerie

UEBAU GASTHOF UEBIGAU

Restaurant „Zur Kette“

August Reinhold

Damen- u. Herren- u. Damen-Wäsche

V. Dolzewski, feine Maßschneiderei

Bäckerei, Konditor u. Café Richard Funke

Antoböhm

Spezialgeschäft für Lederwaren

Alfred Richter, Photograph

Arthur Gneuß, Bahnhofstraße 29

Max Lampe, Bahnhofstraße 9

Max Wähnert

Magd. Reineck, Sidonienstraße 8

Albert Klunker, Drogerie

W. Gräbel, Hauptstraße 48

Achtung! Genossen!

Max Lotzmann

Restaurant „Zur Kette“

Herm. Hubig, Försterstraße 10



# Werttätigen Schule

## Zölle und Handelsverträge als imperialistische Kriegsmittel

(Arbeiterkorrespondenz)

Im marxistischen Artikel der Werttätigen-Schule behandelt am Freitag Genosse W. I. Schneider, freilich das Thema: „Zölle und Handelsverträge als imperialistische Kriegsmittel.“ Aus dem Refrat sei folgendes wiedergegeben. Genosse Schneider führte aus:

„Bei der Betrachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage im Weltmarkte beobachten wir die grundlegende Tatsache einer gewaltigen Ausdehnung des Produktionsapparates über die vorhandene Absatzmöglichkeit hinaus. Die Steigerung der Produktion erfolgt sich erstens aus der rapiden Entwicklung der Industrie und Entfaltung neuer Industrien in den alten kapitalistischen Staaten, und zweitens in einer ungeheuren Industrialisierung der Kolonien. Der sich ständig erweiternde Widerspruch zwischen Produktion und Absatzmöglichkeit hat zu einer ungeheuren Verschärfung des Kampfes um die Absatzmärkte geführt, der sich in der Epoche des Imperialismus in gewaltigem Maße zuspitzt. Die Gegenläufe der imperialistischen Staaten werden gesteigert und verschärft durch die monopolistischen Organisationen des Kapitals. Auch die internationalen Kartelle, so wie Gen. Schneider nach, verringern die Gegenläufe nicht, sondern führen nur zur verschärfsten Konkurrenz ganzer durchkartellierter Ländergruppen.“

Genosse Schneider gab dann eine Erklärung über die verschiedenen Zollarten und ihren Zweck. Als die wichtigste Gruppe sind zweifellos die Einfuhrzölle anzusehen. Eine der wichtigsten Ursachen der Einfuhrzölle ist die internationale Verschuldung. In diesem Zusammenhange haben die Einfuhrzölle den Charakter sogenannter Finanzzölle. In Deutschland betragen die Zolleinnahmen:

1913/14	1924/25	1925/26	1927/28
729,6	356,6	500,5	940,3 Millionen Mark.

Das Gesamtaufkommen an Zöllen wird in diesem Jahre in Deutschland von dem Finanzminister Köhler auf etwa 1160 Millionen Mark geschätzt, während der Vorschlag mit 800 Millionen vorliegt. Wenn die Einfuhrzölle aber den Schutz der inländischen Waren vor ausländischer Konkurrenz und damit erhöhte Profite für die Inlandkapitalisten erzielen sollen, so sind sie als sogenannte Schutzzölle anzusehen, die damit zur gleichen Zeit zu einem gewissen Kapitalfluß für das in den durch Schutzoll geschützten Industrien angelegte Kapital werden. Schutzzölle werden aber auch auf jene Waren erhoben, an denen der Staat aus militärischen und wirtschaftspolitischen Gründen interessiert ist. Sie sollen wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit erzielen.

Schutzzölle werden aber gegenwärtig zum stärksten Antrieb zur Schaffung von Kartellen. Diese garantieren reifliche Ausnutzung des Zollschutzes und Monopolpreise bei Ausschaltung aller Konkurrenz.

Eingehend verbreitet sich dann Gen. Schneider über die übrigen Zollarten, so zum Beispiel: Präferenzzölle, autonome Zölle, Vertragszölle, gleitende Zölle und Mindestzölle, und beleuchtet dann die Bedeutung der Einfuhrzölle als wichtiges Ergänzungsmittel für Agrarzölle.

Die Rückwärtigkeit der Zollpolitik sind alle kapitalistischen Klassen. Bei den Industrieländern ist nicht der tatsächliche Zolltarif selbst, sondern seine Wirkung auf die Kartellrente der Hauptgruppen, den die Industrieländer einleiten. Die deutschen Kapitalisten verdienen am so mehr, als in Deutschland die Lohnquote am geringsten, aber die Preishöhe über dem Weltmarkt liegt.

Die Gewinne der Agrarier sind leichter zu erröhen. Zunächst aber bewirken die Wucherzölle auf Lebensmittel ein Steigen der Grundrente, an der die Kapitalisten verdienen.

Genosse Schneider zeigte dann am Hand reichen statistischen Materials die Auswirkung der Lebensmittelszölle auf die Lebenshaltung der Arbeiter. In Deutschland wird den Agrarier nach der letzten Zollvorlage insgesamt etwa eine halbe Milliarde jährlich in den Taschen gesteckt.

Die Lasten der Zölle tragen selbstverständlich die breiten Massen der Werttätigen, je nach ihrer Wohnkraft, die schwächsten am meisten. Mit Hilfe der Schutzollpolitik soll die nationale Kapitalakkumulation durch die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiter beschleunigt werden. Bei diesem Bestreben arbeiten sich alle imperialistischen Parteien gegenseitig in die Hände.

Dadurch aber, daß durch den Schutzollsystem die Kartellbildung aufs höchste gefördert wird, muß die Zollpolitik zu einem Mittel der imperialistischen Politik, ja zu einem Weltensbestand-

teil des Imperialismus überhaupt werden. Genosse Schneider gibt nun eine Übersicht über die monopolistischen Organisationsformen des Kapitalismus und erläutert die Politik der Kartell-Syndikate und Trusts, die mit ihren auf dem Inlandmarkt erzielten Ertragsprozenten Dumping auf dem Weltmarkt betreiben. Die durch Schutzoll garantierte Ausplünderung der Massen im Inlande ermöglicht ihnen Schmutzkonkurrenz und Schleuderpreise auf dem Auslandsmarkt. So dient der Schutzoll der Abperrung der Konkurrenz und gibt den Kartellen gleichzeitig die Mittel zur verschärfsten Offensive auf dem Weltmarkt.

Die Folgen sind klar. Die betreffenden Länder wehren sich. Sie schaffen Zollbarrieren, Antidumpinggesetze. So entsteht zunächst der Wirtschaftskrieg. Die zugelegte Situation äußert sich zunächst genau wie die militärischen Kämpfe in diplomatischen Verhandlungen. So ist auch die Weltwirtschaftskrise nichts anderes als ein Verschleierungsmanöver, um eine Kompromisse zu erhalten, die eine Kräfteentlastung und Kräftekonzentration erzwingt, die den stärksten Gruppen die größtmögliche Wahrscheinlichkeit für einen siegreichen Austrag der gegenläufigen Kräfte Mittel gibt. Dann „Macht“ Sieg oder Niederlage den Interessent mit Ges. Flugzeugen, Tanks oder Fliegerbomben.

Die Zollpolitik ist letzten Endes wie jede kapitalistische Politik Wirtschaftspolitik. Kein ökonomisch betrachtet ist dasjenige Land am besten bedient, eine eigene Zollpolitik durchzuführen, wenn:

- a) der innere Markt der Hauptabnehmer der Produktion ist;
- b) die zur Ausführung gelangenden Produkte eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt genießen;
- c) die Ausfuhr mit einem Kapitalexport verbunden ist.

Politisch betrachtet heißt das: wenn der Staat in der Lage ist, durch seine militärische und politische Machtstellung seine Politik den anderen Staaten gegenüber gewaltsam durchzusetzen. Diese Voraussetzungen treffen heute in erster Linie auf die USA zu.

Die Handelsverträge sind praktisch nichts anderes als Kompromisse in der Verfolgung der eigenen Zollpolitik. Bei der Praxis des Abschlusses der Handelsverträge muß auf die eigenartigen Klassenverhältnisse der imperialistischen Staaten hingewiesen werden. Tatsächlich verhandeln die Leiter der großen Trusts und die Vertreter der Interessengemeinschaften miteinander. Kommen sie zu einem Ergebnis, geht die Arbeit an die führenden Handelsbeamten. Tatsächlich ist es also so:

Die Vertreter des Finanzkapitals herrschen. Die hohe Bureaucratie regiert und das souveräne Parlament bedingt die getroffenen Abmachungen.

Am Ende einziger gewalttätiger Kämpfe bei den Wirtschaften der letzten von Deutschland mit anderen Staaten getroffenen Handelsabkommen erklärte Gen. Schneider diese Tatsache. Er weist dann noch auf einige mit den Zoll- und Handelsfragen im engen Zusammenhange stehenden Fragen, wie die des Protektionismus, der abschließenden Bevölkerungsstatistik und der Tarifpolitik im Bergbau hin.

Was ist die Aufgabe der Werttätigen?

Die Frage beantwortet Gen. Schneider am Schluß. Er fordert: Verstärkte Gewerkschaftsarbeit zur Revolutionierung der Verbände, damit die Forderungen möglichst rasch durch Lohnhöhungen ausgeführt werden; Aufführung gegen die Zollpolitik, und Klärung gegenüber der Phrasen von der „Freihandelsideologie“; Förderung der Klassen, als wenn die Kapitalisten auf Weltwirtschaftskonferenzen das Problem lösen könnten, und endlich gewiß sein, einen Abbau der Zollbarrieren einzutreten zu lassen.

Eine Lösung der Frage der Regelung der Produktion eines Landes im Rahmen der Weltwirtschaft im Interesse der Werttätigen ist nur möglich nach dem endgültigen Siege des Proletariats, das, solange keine Macht nur auf ein oder einzelne Länder beschränkt ist, durch das proletarische Klassenhandelsmonopol, wie es gegenwärtig in der Sowjetunion besteht, die Ein- und Ausfuhr nach den Bedürfnissen der werttätigen Massen regelt, nach dem endgültigen Siege des Sozialismus im Weltmarkte durch seine zentralen Wirtschaftsgremien die Verteilung der einzelnen Produktionszweige regulieren wird. Solange die Ausbeuterklasse regiert, kämpfen wir gegen alle Versuche, durch Zollpolitik die Regelung über imperialistischen Interessen vorzunehmen.“

## Die Angelegenheiten der Arbeiterwahlen

Über die Angelegenheiten der Arbeiterwahlen liegen nach einer Mitteilung des Gewerkschaftsreferates Ergebnisse aus 312 Wahlbezirken vor. Die Hauptauswahlergebnisse erzielten insgesamt 236 280 Stimmen mit 2306 Sitzen, und der Allgemeine freie Angelegenheitenbund insgesamt 148 432 Stimmen mit 673 Sitzen. Im einzelnen verteilen sich die Stimmen und Sitze wie folgt:

	Stimmen:	Sitze:
Gewerkschaftsbund der Angelegenheiten	131 627	1015
Deutscher Handlungsgewerbeverband	127 159	944
Sonstige Hauptauswahlergebnisse	77 451	543
Zentralverband der Angelegenheiten	75 251	547
Techn. Angelegenheiten u. Beamtenbund	17 835	15
Deutscher Wertmessen-Verband	36 118	247
Sonstige W.-Verbände	17 755	101
Auf die wählbaren Sitze entfielen	2 006	57

Der Reichswahlprüfungsausschuss der freien Angelegenheitenverbände hat bisher die Wahlergebnisse aus 124 Wahlkreisen veröffentlicht. Rannmehr liegen über die Wahlen zur Angelegenheitenversicherung die Ergebnisse aus weiteren 20 nachstehend aufgeführten Wahlkreisen vor: Wetzlar, Wetzlar-Stadt, Wetzlar-Land, Weipzig-Land, Könnigs-Wald, Lubowitzburg i. Wittenberg, Weidenheim i. B., Kumbach-Stadt und Land, Dertorf-Land, Wittenberg-Stadt, Wittenberg i. Weid., Liebenwerda-Stadt und Land, Wittenberg-Land, Hildburghausen, Kottlitz, Wittenberg a. S., Taden-Gaden, Weidmann, Witzburg-Land, Weidenhagen.

Insgesamt haben nach den veröffentlichten Ergebnissen aus 144 Wahlkreisen an Stimmen erhalten:

Allgemeiner freier Angelegenheitenbund	143 758
Deutscher Handlungsgewerbeverband	118 928
Gewerkschaftsbund der Angelegenheiten	114 151
Sonstige Hauptauswahlergebnisse	28 454
17 Frauenvereine	48 829

## Die Mannheimer Arbeiter Innem Ruth Fischer nicht sprechen

In Mannheim war der Kampf der Partei gegen die Opposition nicht leicht. Der Bezirksleiter und Reichsorganisationsleiter Kessler und der Parteivorsitzende Hiltner mußten aus der Partei ausgeschlossen werden. Für Freitag den 15. November hatte die Urbahngruppe eine öffentliche Versammlung nach dem Rathausaal einberufen. 40 000 Handwerker waren versammelt worden. Die Versammlung wurde geleitet von dem oppositionellen kommunistischen Stadtrat Hiltner. Der bisherige Mitglied der SPD war. Bis zu Beginn der Versammlung ein Arbeiter des Wert zur Geschäftsordnung verlangte, wurde es von der Versammlungsleitung verweigert, obwohl bekannt war, daß diese Leute immer damit liebten gehen, daß die Partei die vergewaltigt und obwohl die Bezirksleitung der SPD von der Urbahngruppe ausdrücklich zur Versammlung eingeladen und ihr Redefreiheit zugesichert worden war. Als Ruth Fischer nunmehr zu sprechen begann und ihre provokatorischen Reden vom Stapel lassen wollte, riefen die Arbeiter, empört über die Geschäftspraktiken der Masloweute, die Internationale an. Die Bezirksleitung der SPD wollte trotzdem den Masloweuten den Vorwand nehmen, daß eine sachliche Aussprache nicht möglich wäre, und schlug vor, eine gemeinsame Versammlung zu wählen, Ruth Fischer eine Stunde und dem Vertreter der SPD 4 Stunden Redezeit zu gewähren. Dieser Vorschlag wurde mit Dreiermehrheit angenommen. Jetzt verließ Ruth Fischer mit einem Häuflein Anhang den Saal. Gleichzeitig ließ ein Anhänger der Urbahngruppe durch den Hausmeister des Rathauses Polizei holen und das Licht im Saal ausschalten. Trotz dieser provokatorischen Maßnahmen bewahrten die Arbeiter Disziplin. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die das Treiben der Masloweute entschieden verurteilt und der SPD, der Kommunisten und der Sowjetunion die Treue des revolutionären Mannheimer Proletariats ausspricht.

Diese Niederlage der Masloweute in Mannheim, wo sie sich besonders stark wählten, ist ein weiterer Beweis dafür, wie die Arbeiter das Treiben dieser Vertreter verurteilen. In Elmsa, in Frankfurt, im Berliner Osten und Nord, in Mannheim wurden die Vertreter heimgeschickt. So wird es ihnen überall gehen.

## Gewerkschaftliches

Deutscher Bauergewerksbund, Sektion der Rast- und Jageländer Dresden

Nächsten Sonnabend den 26. November findet in den Innenhöfen, Fischhofplatz, unter 8. Stiftungsfest statt. Geboten werden: Vorträge der Humoristen und Varietégesellschaft Paul Lindau, Fleischwarenverlosung und Tanz. Beginn 18 Uhr. Karte 50 Pfennig. Vollständige Beteiligung der Mitglieder und Angehörigen wünschenswert.

Verantwortlich für den Dresdner und Offiziellen: Bruno Goldberg, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kerner, Dresden. — Druck: „Kommunist“, Pöndersstraße Dresden.

ROMANOV  
FJODOR GLADKOW

# ZEMENT

Aus dem Russischen übertragen von Olga Nalpers  
Copyright 1922 by Verlag der Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien, Berlin

(116. Fortsetzung.)

Und Gramada suchte mit den Armen, und all seine Knochen zitterten.

— Ja, so ist es, Genossen... Hier hat man nicht zu diskutieren... Wir haben etwas Herrliches erreicht, und ich kann es kaum fassen, wie diese Arbeitermassen ihr proletarisches Bewußtsein beweisen und so weiter. Genosse Tschumalow... Wenn... ach, Genossen... hier ist alles und überall... und so und weiter...

Gjeb konnte nicht mehr ruhig stehen: er hatte Lust, vom Turm hinunterzuspringen in dieses Meer von Köpfen, zu brüllen, laut, aus vollem Halse, ohne Worte, bis zur Bewußtlosigkeit... Alles ist gleichgültig... Kann man denn das... aushalten?... Da ist es, womit und wodurch er all diese Monate gelebt hatte... Hier sind sie, hier ist alles in einer Kraft vereint.

Er trat zu Babjin und Schidkij, sein Gesicht zitterte vor Begeisterung.

— Babjin sah ihn mit kalten Augen an. Eine schwarze Welle ging wie ein Schafott durch seine Augen und glitt wie ein Schleier vorbei.

— Wir müssen anfangen, Genosse Tschumalow. Ich werde jetzt eine Viertelstunde reden und dann sag du etwas, das sie aus Herz packt. Und dann gib sofort ein Zeichen. Die Begrüßungen — nach den Streifen- und Pfeifensignalen.

Schidkij packte Gjeb an der Schulter und schüttelte ihn in trunkenen Freuden.

— Ach, Tschumalow... Bist ein dummes Kerl... Es fällt mir schwer, mich von dir zu trennen...

Babjin wandte sich kalt und verschlossen ab und trat zur Barriere. Und Gjeb lächelte wieder in Babjins scheinem Gange und dem metallischen Glanze seiner Haut eine grausame Entfremdung und in dem gläsernen Glanze seiner Augen ein mattes Flimmern eines Hoffens. Und wieder erzitterte sein Herz von einem dumpfen Stolz.

Er trat einige Schritte nach rückwärts. Unten auf der Landstraße gingen noch immer dicke Kolonnen mit Fahnen, und zwischen ihnen dröhnte Musik, Gestamp und Gesang, die Luft erschütternd.

... Das ist ein Mensch, mit dem er nicht auf derselben Erde stehen kann. Babjin, erht allein, läßt sich mit den Händen auf die Barriere, und seine Schultern heben sich hoch — bis zum Nacken. Er sieht auf die Massen hinunter, auf den Berg, der zu leben scheint von all den Massen, und in den elastischen Bewegungen seiner Muskeln, die von Kraft und Gesundheit durchtränkt sind, in der wachsamten Haltung seines Kopfes, in der Nachlässigkeit seines Gesichtsausdrucks — ist ein Bewußtsein seiner Kraft, — seiner Bedeutung — ist der Stolz des Führers.

— Karrierist!... Gjeb prekte die Zähne bis zum Krachen der Riefer fest aufeinander.

... Noch jetzt zitterte alles in ihm von dem, was er im Sowjethaufe erlebt hatte.

Nicht lange, nachdem Dajsa weggegangen war, ist er im Vorbeigehen zu ihr gegangen, um zu sehen, wie sie und Polja lebten. Im Gang war eine singende Leere und ein schlaftrübes Halbduffel (auf der Treppe über der Tür schlug die Uhr 11 Uhr nachts). Halblaut und gemächlich ertönen Stimmen in den Zimmern: Jemandem in der Ferne kitzelte Teegeschirr und langen Spiritusmaschinen. Am Ende des Ganges brannte trübe ein Quabrat auf der Wand, das war die Tür von Tschibis Zimmer, die breit offenstand.

Hinter Poljas Tür war es still. Gjeb hatte noch nicht angeknöpft; schnelle erschrockene Schritte kamen zur Tür (Polja war wahrscheinlich darfuß), und ein leiser erschrockener Aufschrei ertönte:

— Wer ist dort, wer?

Die Tür öffnete sich breit, mit Macht und Hoch Gies heftig die Schulter.

— Versucht! Kannst einen Menschen zum Krüppel machen...

... Sind doch ein schändliches Element, diese Weiber... Man konnte das Zimmer nicht betreten. Folte Michowas Hand auf der Schwelle, bloß, blind vor Angst, mit einem im offenen Mund stehengebliebenen Schrei.

— Gjeb... — Was hast du, Wädel? ... Bist ein Weib? So ein Mährchen... Was hast du so? ... Hast dich schon lang nicht gesehen... Wo ist Dajsa? ...

Er näherte sich ihr, hob den Arm, um sie in freundlicher Umarmung von der Schwelle zu heben. Sie war plötzlich wie versteinert, lehnte sich an den Posten und lächelte lächelnd.

— Ach, Gjeb... Wie ich erschrocken bin... Dajsa kommt gleich... Nach all dem, was ich erlebt habe, Gjeb... hab ich mich ganz verloren... Es wäre besser, wenn du nicht kommen würdest... Warum hast du mich früher nicht beigegeben?... Ich bin krank... Gjeb... Komm nicht mehr her; das ist zu qualvoll für mich... Es ist, als ob ich unter Trümmern geraten und ganz zermalmt wäre...

Gjeb sah sie verlegen an und wußte nicht, was ihr sagen und lächelte nicht mehr die alte Zärtlichkeit zu ihr, die frühere Teilnahme: sie war zu hilflos und lächelnd. Es war nichts mehr von der lebenslustigen, lodigen Frau geblieben. Einst ging durch sein Herz eine trübenhafte Welle. Sie ist zurückgefallen und hat Polja mit sich genommen.

— Ich muß wegfahren, Gjeb... muß ausruhen und Kräfte sammeln. Es ist viel Schreckliches in den Männern, Gjeb. Mir ist jetzt, als ob in jedem von euch ein Babjin liege... Schau mich nicht so an: das bist nicht du, sondern Babjin... Geh, Gjeb... nicht jetzt, sondern später... In einer anderen Umgebung... Warum hast du mich damals nicht beigegeben, was ich wollte?... Vielleicht wäre mir dann alles nicht geschehen...

Sie lachte, und ihr Lachen klang wie ein fröhliches Gähnen. Und in dem Lachen hörte Gjeb Tränen und eine ganze Freude, wie bei einem kleinen dummen Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)



# Schauburg

Königsbrücker Straße 55, Tel. 54535

Ab Donnerstag, den 24. November 1927

Luclano Albertini

in:

## Der größte Gauner des Jahrhunderts

Ein lustiger Abenteuerfilm nach den Motiven des Romans „Jimmy der Schwerebrecher“ / „Juventud“!

Wochentags 18.15 u. 20.3 Uhr · Sonntag 16.18.1 u. 2.30 Uhr

Sonntag, den 27. November, 14 Uhr: **Kindervorstellung**

Der Größte Gauner des Jahrhunderts / Preis auf allen Plätzen 30 Pfennig

Sonntag, den 4. Dezember, 11 Uhr, Eröffnungs-Vorstellung der Kultur-Film-Gemeinde der Schauburg

## Kaufhaus Fortuna, Freital-Deuben

finden Sie stets die größte Auswahl und das Neueste in **Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung**  
Bitte um Besichtigung meiner 4 großen Schaufenster

## Volkshaus Dresden-Ost

Schandauer Str. 73 / Telefon 31725  
empfiehlt seine guten Speisen und Getränke

### Ämtliche Bekanntmachungen

Brand-Erbisdorf  
Reinigung der Fußwege

Nach § 5 der Polizeiverordnung, die Reinhaltung der Straßen u. Fußwege betreffend, sind die Fußwege vom Schnee genügend zu reinigen und stets in gangbarem Zustande zu halten.

Bei Glätte sind die Fußwege wiederholt mit einem abstumpfenden Material zu bestreuen. Eiskettische wird nicht als genügendes Streumaterial angesehen.

Die Polizeiorgane sind angewiesen worden, streng auf die Befolgung dieser Vorschriften zu achten und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Brand-Erbisdorf, den 18. November 1927.

Der Stadtrat.



Erstes  
Lichtspielhaus Cotta  
Hebbelstraße 10  
im Turnerheim

Täglich bis Sonntag, den 27. Nov.:

### Piraten der Ostseebäder

Abenteuer mit Harry Hill  
Verheiratete Junggesellen

Sonntag 14.30 Uhr:  
**Jugend-Vorstellung**  
Eintrittspreis auf allen Plätzen 30 Pf.

Pilschola 35, Küchenrolle  
38, Chaiselonges 35, Kom-  
moden 22, Kleiderschrank,  
Verläng. Waschtisch, Bett-  
stelle u. 12. Federbetten  
verkauf, Palmstraße 31, str.

Alle samt. bed.-Art. f. Männer, Frauen,  
Säuglinge / Gummisohlen, Spaltapparat  
R. Freisohn, Dresden-A., Postplatz

**KLUGE EHELEUTE!**

## Zucker

bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30,  
im 2-Zentner-Sack 0.29  
Schokoladen- und Zuckerwaren-  
fabrik Richard Seibmann,  
Grenadierstraße, Ecke Damweg

## Wo ist das beliebteste Bier- und Speiselokal?

Immer im  
**Viktoria Keller**

Waisenhausstr. 26  
Tägl. Künstlerkonzerte  
Mittagsgedeckte von 90 Pf. an

## Spielwaren

aller Art, Puppenwagen, Selbstfahrer,  
Bublräder, Schaukelpferde  
empfiehlt in bekannter Güte und Auswahl

Osw. Walther, Pilsna, Schloß-  
straße  
Gleichzeitig empfehle ich die Besichtigung  
meiner Ausstellung auch Sonntags.

**Sämtliche Waren können  
angekauft werden**

Der gute englische und Aachener  
Kamptorn-

## Anzug-Stoff

in unerreichter Auswahl neuer Farben-  
musterungen

Ktr. 18-, 16-, 14-, 12 Pk.

Friedmann & Katz  
Scheffelstraße 6, Laaen

# ARTIS

das **Dresdner Musikhaus**

Größtes Lager nur erstklassiger

## Musikapparate

und sämtlicher

## Schallplatten

aller führenden Marken

Teilzahlung bis zu 12 Monaten

## V.-O.-Lichtspiele

Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (24. bis 26. Nov.)  
Der sensationelle Großfilm der Emelka nach dem be-  
kannten Roman in der „Münchner Illustrierten“:

## Klettermaxe

mit Paul Heidemann in der Hauptrolle.  
Hierzu das weitere erstklassige Beiprogramm mit neuer  
Emelka-Wochenschau / Das Auge der Welt / Was sich  
alles auf dem Erdball ereignet  
Vorführungen: 18.30 und 20.30 Uhr

31. bis 40. Tausend des vollständig neu bearbeiteten und  
erweiterten Buches von John Reed

## Zehn Tage die die Welt erschütterten

Vorwort von Egon Erwin Kisch,  
Bilder aus dem Eisensteinfilm.  
Zahlreiche bisher unveröffentlichte Dokumente aus den  
Oktobertagen 1917.

In hinreißender, packender Sprache schildert der ameri-  
kanische Verfasser die ungeheuren Ereignisse der russischen  
Revolution, die die damalige Welt in atemlose Spannung  
versetzten, auf der einen Seite — bei den Kapitalisten —  
größte Bestürzung und Erschütterung hervorriefen, auf der  
andern Seite — bei den Arbeitern — hellste Begeisterung  
und zähen Willen zum Kampf erweckten.

„Ich habe das Buch mit größtem Interesse und unge-  
teilter Aufmerksamkeit gelesen und empfehle dieses Werk,  
das ich in Millionen von Exemplaren verbreitet und in  
allen Sprachen übersetzt wissen möchte; denn es gibt eine  
richtige und ungewöhnlich anregende Darstellung der Er-  
eignisse, die für das Verständnis des Wesens der proleta-  
rischen Revolution und der Diktatur des Proletariats  
von erster Bedeutung sind...“ (Lenin.)

Zirka 340 Seiten Ganzleinen M. 4,50  
Verlag für Politik und Literatur  
Wien—Berlin SW 48

Werbt neue Leser  
für die  
Arbeiterstimme!

Ich erwarte Sie!

Das Geld ist knapp,  
Die Zeit ist da,  
Wo jeder neue Kleidung braucht.

Kommen Sie zu

## Carl Horn Nachf.

Zittau  
Innere Oybliner Straße 5, I. Btg.

Das älteste und führende  
Kreditgeschäft

Sie finden alles  
was Sie brauchen an

## Waren Möbeln Konfektion

in guten Qualitäten u. sehr preiswert.  
Die An- und Abzahlungen sind  
sehr gering!

Kunden, die ihr Konto beglichen  
haben, brauchen keine Anzahlung

Ausweis mitbringen!

# Die beste Butter der Welt



Original-Auswiegung  
Pfund 2.40 RM.

in Halbpfund-Stücken  
Stück 1.15 RM.

## Feinste dänische Molkereibutter

Konsumverein

# Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder